

**DIE JUNGEN
UNTERNEHMER**

UNSERE PUNKTE

**Agenda 2020: Damit in Deutschland
wieder gegründet wird!**

www.junge-unternehmer.eu/wahl2017

UNSERE PUNKTE IM ÜBERBLICK

Generationengerechtigkeit und Bildung der Zukunft / 4

Nachhaltigkeit der Alterssicherung / 6

Weichenstellung Digitalisierung / 8

Einwanderungspolitik und Fachkräftesicherung / 10

Familienfreundlichkeit am Arbeitsplatz / 12

Existenzgründungen / 14

Integration von Flüchtlingen / 16

Europa braucht ein Upgrade / 18

Für DIE JUNGEN UNTERNEHMER ist es eine Pflicht und Herausforderung, sich energisch für eine durchgreifende Reform des Bildungswesens einzusetzen. Schließlich sind die Gründer von heute die Arbeitgeber von morgen und wir wissen, welche Anforderungen an unsere zukünftigen Mitarbeiter gestellt werden. Wichtige und Weichen stellende Maßnahmen dafür setzen bereits in der Struktur und Organisation unserer Bildung in Deutschland an und erfordern echte Autonomie für Schulen mit großen dezentralen Entscheidungsspielräumen. **WIR BRAUCHEN GUT AUSGEBILDETE FACHKRÄFTE: DAFÜR SETZEN WIR AUF MEHR WETTBEWERB FÜR QUALITATIV HOCHWERTIGE ANGEBOTE IM BILDUNGSWESEN.**

Stets Experimente in der Bildungspolitik statt im fachspezifischen Unterricht durchzuführen, wird schwerwiegende Konsequenzen haben. Eine jetzt verfehlte Bildungspolitik wird uns noch in einigen Jahren Probleme bereiten. **WIR JUNGEN UNTERNEHMER SCHAFFEN NEUE ARBEITSPLÄTZE, TREIBEN DAS WIRTSCHAFTSWACHSTUM AN UND SORGEN FÜR STEIGENDE STEUEREINNAHMEN.** Mit der vorliegenden Broschüre unterbreiten DIE JUNGEN UNTERNEHMER ein Lösungsangebot, unsere Agenda 2020, um Deutschland in der nächsten Legislaturperiode wieder zum Gründerland zu machen.

GENERATIONENGERECHTIGKEIT UND BILDUNG DER ZUKUNFT

Bis 2030 wird die Zahl der Arbeitskräfte in Deutschland um 2,9 Millionen schrumpfen. Das unterdurchschnittliche Bildungssystem in einigen Bundesländern trägt zudem dazu bei, dass viele Bewerber für eine betriebliche Ausbildung nicht befähigt sind. Durch eigene Anstrengungen werden die Unternehmen diesen Bedarf nicht decken können. Ziel muss sein, die Schulabbrecherquote zu reduzieren – ohne die Qualität der Ausbildung zu mindern – und Anreize für höhere Qualitätsstandards zu schaffen.

WAS SIND FÜR SIE DIE ZWEI GRÖSSTEN HINDERNISSE, (MEHR) AUSZUBILDENDE EINZUSTELLEN?



Schlechte Vorbildung der Bewerber



Wir finden keine Bewerber

Quelle: Quartalsumfrage DIE FAMILIENUNTERNEHMER, 2016



WIR SCHLAGEN VOR:

- Mehr Wettbewerb, um die Qualität des Bildungssystems zu verbessern, z.B. durch die Einführung von Bildungsgutscheinen.
- Die MINT-Fächer und die ökonomischen sowie digitalen Kompetenzen der Lehrer und Schüler in den Schulen auszubauen.
- Bundesweit ein eigenständiges Schulfach Wirtschaft einzuführen. Zudem sollten Schüler, aber auch Lehrkräfte regelmäßig durch Praktika Einblicke in die Wirtschaft gewinnen.

NACHHALTIGKEIT DER ALTERSSICHERUNG

Eine generationengerechte Rentenpolitik kann es nur mit dem Dreiklang aus gesetzlicher Rente sowie betrieblicher und privater Altersvorsorge geben. Wer eine Rentenerhöhung verspricht, muss auch ehrlich sagen, dass Arbeitnehmer und Arbeitgeber dafür mit höheren Rentenbeiträgen bezahlen müssen.

Knapp

430.000

Menschen* haben bis Ende 2015 von der „Rente mit 63“ Gebrauch gemacht.

**3 Milliarden
Euro**

pro Jahr** kostet die „Rente mit 63“



WIR SCHLAGEN VOR:

- Die Rücknahme der abschlagsfreien Rente mit 63.
- Die Koppelung des Renteneintrittsalters an die Lebenserwartung und hierzu begleitend die Verbesserung der Erwerbsminderungsrente.
- Die rechtliche Öffnung für renditestarke Altersvorsorgemodelle wie Immobilien, Aktien und Unternehmensanleihen.

WEICHENSTELLUNG DIGITALISIERUNG

Deutschland liegt auf vielen Gebieten zurück: Vom Glasfaserausbau bis zur Verwaltungsmodernisierung. Gelingt uns die Weichenstellung bei der Digitalisierung nicht, ist unsere Wettbewerbsfähigkeit in Gefahr.

**10 BIS 20
MILLIARDEN EURO**

würde der Verkauf der Telekom-Aktien-Anteile
schätzungsweise erbringen.



WIR SCHLAGEN VOR:

- Die Telekom-Anteile des Bundes (direkte und indirekte Anteile der KfW) zu verkaufen, um den Erlös in den raschen Breitbandausbau zu investieren.
- Digitalisierung in der öffentlichen Verwaltung, die schneller, effizienter und bürgerorientierter werden muss.
- Einen Digitalisierungsbeauftragten im Bundeskanzleramt: Als Koordinator in der Bundesregierung und als Schnittstelle zu den Ländern. Die Digitalisierung ist für alle Ministerien und Behörden relevant – deshalb kann ein einzelnes Digitalisierungsministerium den aktuellen Rückstand nicht aufholen.

EINWANDERUNGSPOLITIK UND FACHKRÄFTESICHERUNG

Die Wirtschaft brummt, doch aufgrund der demografischen Entwicklung gehen den Unternehmen zunehmend die Fachkräfte aus. Während die Zahl der Arbeitskräfte in Deutschland schrumpft, kommen gleichzeitig vor allem junge Flüchtlinge in unser Land. Es müssen daher gesetzliche Möglichkeiten geschaffen werden, die für qualifizierte Flüchtlinge einen „Spurwechsel“ vom Asylverfahren in das Visumverfahren eröffnen. Gleichzeitig bedarf es einer besseren Strategie, wie man ausländische Fachkräfte anwirbt.

SCHON HEUTE SIND FOLGENDE STELLEN UNBESETZT:

170.000

im MINT-Bereich*

52.000

im Bereich Verkehr
und Logistik**

38.000

im medizinischen
Gesundheitsbereich**

Quelle: * IW Köln | ** Bundesagentur für Arbeit



WIR SCHLAGEN VOR:

- Die Erarbeitung eines einheitlichen Einwanderungsgesetzes, das Angebot und Nachfrage besser zum Ausgleich bringt.
- Die Entwicklung von Austauschprogrammen analog dem Förderungsprogramm der Europäischen Union „Erasmus“ für die duale Ausbildung.
- Die Einrichtung von Immigration-Offices in den Bundesländern als Anlaufstelle für Arbeitsmigranten.

FAMILIENFREUNDLICHKEIT AM ARBEITSPLATZ

Der zunehmende Wettbewerb um gut qualifizierte Mitarbeiter und die Attraktivitätssteigerung des eigenen Unternehmens haben dazu geführt, dass viele Familienunternehmen den Wünschen ihrer Mitarbeiter entgegen kommen und bereits entsprechende Maßnahmen, wie z.B. Home Office, im Rahmen ihrer Möglichkeiten anbieten. Für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sollte immer der Grundsatz gelten: Individuelle und betriebsnahe Lösungen haben Vorrang vor starren gesetzlichen Regeln.

AUS WELCHEN GRÜNDEN BIETEN FAMILIENUNTERNEHMEN HOME OFFICE AN?



Quelle: Quartalsumfrage DIE FAMILIENUNTERNEHMER, 2016

»» WIR SCHLAGEN VOR:

- Weniger bürokratische Hürden zur Errichtung von Betriebskindergärten.
- Wegfall des Rückkehrrechts von Teil- auf Vollzeit. Stattdessen die Möglichkeit für individuelle Absprachen zwischen Betrieben und Arbeitnehmern.
- Größeres Angebot an Ganztagschulen als Unterstützung bei der optimalen Kinderbetreuung, ohne dass Arbeitnehmer Kompromisse machen müssen.

EXISTENZGRÜNDUNGEN

In Deutschland wurden in den letzten Jahren zu wenige High-Tech Unternehmen gegründet. Dabei wissen wir, dass Start-Ups entscheidend zur Innovationsfähigkeit einer Volkswirtschaft beitragen. Es müssen schnellstmöglich Schritte eingeleitet werden, um das Gründer-Defizit zu überwinden.

**PERSÖNLICHE ARBEITSSTUNDEN PRO WOCHE DES GRÜNDERS
ZUR BEWÄLTIGUNG VON BÜROKRATISCHEN REGELUNGEN UND PFLICHTEN**

22 %

0 bis unter 5

46 %

5 bis unter 10

21 %

10 bis unter 15

Quelle: Umfrage unter Unternehmensgründern DIE JUNGEN UNTERNEHMER, 2014



WIR SCHLAGEN VOR:

- Eine Schutzglocke für Gründer innerhalb der ersten drei Jahre: Befreiung von Berichtspflichten, arbeitsrechtlichen Schwellenwerten sowie IHK- und Rundfunkbeiträgen.
- Die Steuerfreiheit von Veräußerungsgewinnen aus Streubesitz weiterhin zu gewährleisten, wenn diese in Folgeprojekte investiert werden.
- Die Einführung eines besonderen Börsensegments für junge Unternehmen: Für Investoren würde die Einrichtung eines solchen Einstiegsbörsensegments eine attraktive Möglichkeit für die Weiterveräußerung ihrer Beteiligung bieten und somit den Einstieg in Start-Ups attraktiver machen.

INTEGRATION VON FLÜCHTLINGEN

Beim Thema Flüchtlinge kehrt erst Ruhe ein, wenn die Mehrheit der Bleibeberechtigten ihren Lebensunterhalt eigenständig verdient, denn Arbeit ist die erfolgreichste und nachhaltigste Integration in die Gesellschaft. DIE JUNGEN UNTERNEHMER haben dazu ein innovatives Konzept ausgearbeitet.

Nur **1,8 %**
aller Flüchtlinge sprechen die deutsche Sprache.

29,6 %
der Flüchtlinge haben lediglich Grundschulniveau oder gar keine Schulbildung.

35 %
der Flüchtlinge waren im Herkunftsland nicht erwerbstätig.

»» WIR SCHLAGEN VOR:

- Die Einführung der trialen Ausbildung aus dem Dreiklang von betrieblicher, berufsschulischer und sprachlicher Ausbildung, die bis zu 4 Jahre dauern soll.
- Einen privatrechtlichen Dienstleistungsvertrag zur trialen Ausbildung zwischen den Unternehmen und der öffentlich-rechtlichen Gebietskörperschaft: Mit dem Vertragsabschluss erhält das Unternehmen 1.000 Euro je Migrant im Monat für die Abstellung erfahrener Mitarbeiter für die Sprachvermittlung und Betreuung im Betrieb für maximal 2 Jahre.
- Digitale Sprachprogramme, um den Engpass an Sprachlehrern aufzufangen.

EUROPA BRAUCHT EIN UPGRADE

Kaum etwas ist für deutsche Unternehmen mittel- und langfristig so wichtig wie eine funktions- und wettbewerbsfähige EU. Momentan steht die EU am Scheideweg. Deutschland muss als größtes EU-Mitglied Motor für eine wettbewerbliche Neuausrichtung der Europäischen Union sein. Ein Festhalten an tradierten Integrationsautomatismen wird die Akzeptanz und den Mehrwert Europas mittelfristig zerstören. Die EU braucht ein #EUUpgrade.

SCHULDENSTAND DER MITGLIEDSLÄNDER DES EURORAUMS

10,1 BILLIONEN

Euro in 2017

6,0 BILLIONEN

Euro in 2006

Quelle: Eurostat, 2016



WIR SCHLAGEN VOR:

- Ein Europa der Clubs: Europa kann mit themenbezogenen Länder-Clubs aus dem Krisenmodus herauskommen. Für jeden Club formuliert die jeweils interessierte Gruppe von EU-Mitgliedsländern klare Regelungen sowie marktbewährte Strafen bei Regelverstößen. Europa braucht z.B. einen Binnenmarkt für Energie und eine engere Zusammenarbeit bei der Inneren Sicherheit. Eine Vergemeinschaftung der Einlagensicherung würde hingegen der Wettbewerbsfähigkeit Europas schaden.
- Der Euro-Raum muss wieder zurück zur Schuldeneigenverantwortung der Mitgliedsländer, flankiert von einem Insolvenzverfahren für Euro-Staaten und automatischen Sanktionen des Marktes, die nicht durch die Politik weichgespült werden können. Ab 2020 müssen europäische Staatsanleihen bei Finanzinstituten mit Eigenkapital unterlegt werden.
- Eine demokratische Brücke der EU zu den Bürgern: Die nationalen Parlamente müssen über die Ausschüsse eng mit dem Europäischen Parlament verbunden werden. Der Vorteil europäischer Lösungen muss den Bürgern mit einer völlig neuen Kommunikationsstrategie in den Medien von heute erklärt werden.

DIE JUNGEN UNTERNEHMER

Charlottenstraße 24
10117 Berlin
November, 2016

Hauptgeschäftsführer
Albrecht von der Hagen

Tel. 030 300 65-590
Fax 030 300 65-390
wahl2017@junge-unternehmer.eu
www.junge-unternehmer.eu/wahl2017

Redaktion
Antonia Adamek (Text)
Anja von Knobelsdorff (Gestaltung)

WAHL 2017

**JETZT. GEMEINSAM.
HANDELN.**